

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Ingrid Kissling-Näf, SP): Zur digitalen Transformation in der Verwaltung

Neuste Untersuchungen zeigen, dass die Zufriedenheit der Bürger und Bürgerinnen mit eGovernment sinkt. Dies hat sicher auch damit zu tun, dass private Lösungen immer leistungsfähiger werden und die öffentliche Verwaltung weniger dynamisch ist. Webbasierte Systeme wie eUmzug (Umzug online beantragen) eBau (Baubewilligung online beantragen), taxme kommen zunehmend zum Einsatz bzw. sind schon eingeführt. Die Berner Verwaltung ist jedoch im Schweizer Vergleich kein eigentlicher Vorreiter, obwohl webbasierte Systeme helfen, Prozesse in Zukunft schneller, wirtschaftlicher und ökologischer abzuwickeln. Der Kanton Bern führt im Moment das elektronische Baubewilligungsverfahren in einem Pilotprojekt im Emmental ein. Für die Bürgerinnen und Bürger in Stadt Bern stellt sich demzufolge die Frage, wie schnell sie in den Genuss von webbasierten Lösungen im Baubereich und Umzugswesen kommen.

Der Gemeinderat wird darum gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wann ist mit der Einführung von eBau in der Stadt Bern zu rechnen?
2. Wie hoch sind die damit verbundenen Kosten?
3. Sind entsprechende Vorbereitungen bereits an die Hand genommen worden?
4. Was unternimmt der Gemeinderat, um eUmzug, das in einigen Kantonen bereits Realität ist, voranzutreiben?
5. Wie werden die Mitarbeitenden der Verwaltung auf diese grossen Transformationen vorbereitet bzw. welche Art der Schulung erhalten sie?
6. Gibt es seitens der Verwaltung Pilotversuche, um mehr über die Bedürfnisse der Bürger und Bürgerinnen bezüglich der e-Dienstleistungen zu erfahren?

Bern, 28. Juni 2018

Erstunterzeichnende: Ingrid Kissling-Näf

Mitunterzeichnende: Timur Akçasayar, Patrizia Mordini, Laura Binz, Matthias Stürmer, Lukas Meier, Nora Krummen, Fuat Köçer, Halua Pinto de Magalhães, Bettina Stüssi, Ladina Kirchen Abegg, Marieke Kruit, Peter Marbet, Bernhard Eicher, Dannie Jost, Melanie Mettler, Patrick Zillig

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat verfolgt für die Stadt Bern eine klare und kohärente Strategie, welche gerade im Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung den Bürgerinnen und Bürgern einen erleichterten Zugang zu den Dienstleistungen der Verwaltung bringen soll. Die bisherigen Konzepte zu «E-Government» und der weitere Ausbau des digitalen Leistungsangebots sind in die Digitalstrategie Stadt Bern 2021 integriert worden.

Zu Frage 1:

Gemäss den neuesten Informationen des Kantons Bern (Stand August 2018) ist das Rollout des eBau für den Verwaltungskreis Bern-Mittelland für Juli 2019 vorgesehen. Der Gemeinderat geht davon aus, dass ab diesem Zeitpunkt Baugesuche elektronisch eingereicht werden können.

Zu Frage 2

Die Kosten für die Einführung des eBau sind abhängig davon, wie die Bestimmungen im kantonalen Baugesetz zum elektronischen Verfahren lauten werden. Die entsprechende Baugesetzrevision

wurde im Frühsommer 2018 in die Vernehmlassung gesandt. Gemäss der im Rahmen der Vernehmlassung vorliegenden Vorlage zum elektronischen Verfahren ging das Bauinspektorat von Kosten in der Höhe von Fr. 63 000.00 für einmalige Investitionskosten (Plotter, Grossformatdrucker, Screen und Anpassung der Software) aus sowie von einem zusätzlichen Personalaufwand von bis zu einer Vollzeitstelle. Zurzeit überarbeitet der Kanton die Vorlage aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen der Gemeinden. Es ist davon auszugehen, dass zukünftig nun neben der elektronischen Eingabe auch weiterhin Papierdossiers zugelassen werden. Damit werden sich die obgenannten Kosten deutlich reduzieren. Genauere Angaben zu den Kosten können aber erst gemacht werden, wenn die durch den Kanton festgelegten Rahmenbedingungen definitiv verabschiedet sind.

Zu Frage 3:

Die Stadt Bern hat sich eingehend mit der Vorlage auseinandergesetzt. Sämtliche Mitarbeitenden des Bauinspektorats haben im Juni 2018 die Informationsveranstaltung des Kantons besucht. Das Bauinspektorat wird sich im Herbst 2018 mit dem Projektverantwortlichen des Kantons treffen und hat bereits mit dem Softwarelieferanten Gespräche über die Anpassung der Software geführt. Weitere Vorbereitungen können erst an die Hand genommen werden, wenn die Rahmenbedingungen für das elektronische Baubewilligungsverfahren bekannt sind.

Zu Frage 4:

Seit der Umsetzung der elektronischen Abwicklung Adressänderung, Weg- und Zuzug im Jahr 2017 ist es Bürgerinnen und Bürgern möglich, online auf Web-Formulare zuzugreifen und so ohne persönliche Vorsprache einen Umzug in der Stadt Bern selbständig vorzunehmen. Der schweizweite elektronische Weg- und Zuzug ist standardisiert (eUmzugCH) und bereits in mehreren Kantonen umgesetzt. Im Kanton Bern wird aktuell die Voraussetzung für eUmzugCH geschaffen (Projekt eUmzugBE). Die neue Dienstleistung sollte im Verlauf des Jahres 2019 zur Verfügung stehen. Die Einwohnerdatenbank der Stadt Bern wird aktuell neu evaluiert (Projekt CIVITAS). Gemäss Projektplanung wird die Realisierung im August 2020 abgeschlossen sein. Die Zuschlagskriterien für die neue Anwendung umfassen auch den schweizweiten elektronischen Weg- und Zuzug. Die neue erweiterte Dienstleistung wird den Bürgerinnen und Bürgern voraussichtlich ab August 2020 zur Verfügung stehen.

Zu Frage 5:

Der Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationsmitteln ist für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung eine Selbstverständlichkeit, immer mehr auch ausserhalb des Office-Bereichs (z.B. GIS-basiertes Grünflächenmanagement bei Stadtgrün Bern). Die Digitalisierung führt in vielen Funktionen zu wesentlichen Veränderungen im Bereich der Schlüsselkompetenzen. Das Sicherstellen der «Employability» (Fähigkeit und Bereitschaft, sich den verändernden Anforderungen des Arbeitsmarkts anzupassen) ist Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung der Digitalstrategie und hat deshalb hohe Priorität. Dies umfasst auch zentrale Fragen der Führung, der Arbeitsformen, -kooperationen und -methoden. Der Gemeinderat hat mit der Digitalstrategie (Ziel «Digitalisierung im Verwaltungsalltag verankern») verschiedene Massnahmen zur Personalentwicklung und der Innovationsförderung beschlossen. So sollen bereits im Jahr 2019 Pilotschulungen zur Förderung der digitalen Grundkompetenzen realisiert werden (Inhalt: u.a. Förderung Kommunikation und Zusammenarbeit im Netz, Fragen von Sicherheit und Datenschutz, Prozessgestaltung, Innovationsmethoden z.B. Design Sprint). Im Bereich der Führung, Arbeitsorganisation usw. bietet das Personalamt, Ausbildungs- und Organisationsberatung (AOB) der Stadt Bern bereits seit längerer Zeit zielgerichtete Kurse und Seminare an. Gleiches gilt für die Informatikdienste, welche ein weitreichendes Angebot an IT-Schulungen unterhält. Zudem wurden in verschiedenen Abteilungen, welche den Transformationsprozess bereits heute aktiv gestalten, bedarfsgerechte Schulungen durchgeführt.

Zu Frage 6:

Die Weiterentwicklung der städtischen Dienstleistungen erfolgt grundsätzlich nutzenorientiert, das heisst vom Bedarf der Bevölkerung und der Wirtschaft ausgehend. Nur so können qualitative und nachhaltige Dienstleistungen erbracht werden. Dies wird mit der Digitalstrategie noch akzentuiert. Der Einsatz der digitalen Technologien soll insbesondere die Verwaltungsprozesse schlanker und bezüglich Ressourcenbedarf «smarter» machen. Entsprechend ist die Orientierung an den Bedürfnissen eine Selbstverständlichkeit. Hierzu bestehen in der «Stadt der Beteiligung» eine Vielzahl von etablierten Möglichkeiten: von detaillierten Nachfragestatistiken auf www.bern.ch (auch als Open Data auf der OGD-Seite der Stadt Bern verfügbar: www.bern.ch/ogd) und den Social Media über Ergebnisse aus der Quartierpartizipation, den Mitwirkungsverfahren im Planungs- und Baubereich, direkte Bedarfserhebung bei spezifischen Fragestellungen (z.B. Betreuungsscheine) bis zu Erkenntnissen aus der konkreten Nachfrage am Schalter (z.B. E-Umzug) und den Erfahrungen aus anderen Schweizer Städten. Im Kontext der digitalen Herausforderungen werden auch neue Formate genutzt. So beteiligt sich die Stadt Bern Ende Jahr 2018 erstmals am in Bern stattfindenden «Blockchain Energie Hackaton» oder führt gemeinsam mit ewb einen «IdeationJourney» zu Smart City Themen mit direkter Beteiligung von Bevölkerungsgruppen durch.

Bern, 17. Oktober 2018

Der Gemeinderat